

Gesundheitspolitik: Wie weiter nach der Landtagswahl in Sachsen?

Krankenhausgesellschaft, Krankenkassen, KV Sachsen, Städte und Gemeindegremien, Landkreistag und Landesärztekammer haben gemeinsam gesundheitspolitische Impulse für Sachsen formuliert und am 18. September im Sächsischen Landtag in Dresden der Landespolitik vorgestellt. Die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Gesundheitsgestaltung werden jetzt geschaffen, so der Tenor. Die neue Landesregierung stehe vor der Aufgabe, die flächendeckende und patientenorientierte Gesundheitsversorgung fundamental an die modernen Anforderungen anzupassen.

Die Akteure haben folgende gesundheitspolitische Handlungsfelder im Fokus:

- eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Versorgung,
- eine leistungsstarke Krankenhaushauslandschaft,
- die Sicherstellung der Pflege und Begrenzung der Eigenbeteiligung,
- die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Gesundheitskompetenzen und des Präventionsgedankens.

Erik Bodendieck, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, betonte in der Pressekonferenz: „Parlament und Landesregierung müssen jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich neben den wichtigen Arztpraxen auch bedarfsorientierte ambulante und stationäre Gesundheitszentren entwickeln können. Eine moderne sektorenübergreifende Versorgung der Zukunft muss nach dem Grundsatz digital vor ambulant vor stationär organisiert werden.“

Sachsen brauche dazu auch ausreichend medizinisches Personal. Boden-



Friedrich München, KGS, Rainer Striebel, AOK Plus, Erik Bodendieck, Sächsische Landesärztekammer, und Silke Heinke, vdek, stellen gesundheitspolitische Impulse auf der Landespressekonferenz im Sächsischen Landtag vor (v. l.).

dieck schlägt vor, in der Humanmedizin kurzfristig weitere 50 und langfristig 250 Studienplätze zusätzlich zu schaffen. Darüber hinaus seien Maßnahmen notwendig, damit noch mehr Medizinstudierende auch nach ihrer Ausbildung in Sachsen, insbesondere in ländlichen Praxen, arbeiten. Und es müssten bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Die Universitäten sollten Medizinstudierende bereits während der Studienzeit verpflichten, Lehrkrankenhäuser und ambulante Lehrpraxen zur Ableistung von Famulaturen in Regionen einer bestehenden ambulanten Unterversorgung aufzusuchen. Die Landarztquote müsse von 6,5 Prozent auf mindestens 13 Prozent erhöht werden.

Der Freistaat müsse für eingewanderte Fachkräfte mit einer guten Willkommens- und Bleibekultur ein deutliches Signal setzen. Denn ein ausbleibender Ausgleich des demografisch induzierten Fachkräftemangels mit ausländi-

sehen Fachkräften führe unweigerlich zu weiteren Lücken in der medizinischen Versorgung. „Ausländische Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachkräfte leisten mittlerweile einen unverzichtbaren Beitrag für Sachsen in der Versorgung und werden dringend benötigt“, so der Präsident.

Die Verfahren für ausländische Fachkräfte müssen optimiert werden. Eine Entscheidung zur Erteilung einer Berufserlaubnis sollten medizinische und pflegerische Fachkräfte bestenfalls innerhalb eines Monats bei vollständigem Vorliegen aller erforderlicher Unterlagen erhalten. Und der Freistaat sollte sich für ein zentrales Antragsregister sowie ein einheitlich geregeltes, bundesweites Verfahren zur Anerkennung der Berufsabschlüsse einsetzen, um schnellere Verfahren sowie eine einheitliche Qualität im Anerkennungsprozess zu erreichen.

Der Freistaat müsse innovative Modellprojekte im Bereich der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz, des Gesundheitswesens und in der Altenpflege fördern. Klassische und digitale Versorgung müssen Hand in Hand gehen. Das Land sollte aufbauend auf der Digitalstrategie des Bundes kurzfristig eigene strategische Ansätze im Gesundheitswesen ableiten.

Friedrich München von der Krankenhausesellschaft Sachsen führte aus, dass „die Gesundheitspolitik in der kommenden Legislaturperiode entscheidend für die Zukunft der Krankenhäuser ist.“ Eine sichere Finanzierung und eine am Bedarf der Patienten ausgerichtete Krankenhausplanung sei unerlässlich, um die Krankenhauslandschaft nachhaltig zu gestalten.

Nur durch gemeinsame Anstrengungen könnte die Qualität der Gesundheitsversorgung im Freistaat Sachsen langfristig gesichert werden.

Das gemeinsame Papier: „Gesundheit in Sachsen gemeinsam gestalten“ finden Sie hier: www.slaek.de/ ■

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit